

PK: Jahrestag Konsens / Bürgerverträge

Thema: Ampel, Bürgerverträge

Klaus Schomacker (HGI): „Um die Einhaltung der Bürgerverträge transparent zu machen haben wir Ampeln entwickelt. Immer mehr Ampeln werden von „ROT“ auf „Gelb“ oder „Grün“ geschaltet. Es gibt also Fortschritte. Um es deutlich zu sagen: Wir freuen uns darüber. Soweit zum positiven Teil des Jahrestages. Weniger erfreulich ist, dass zu diesen „Umschaltungen“ immer wieder das „A-Team“ eingreifen musste. Gut, dass wir uns auf diese politische Unterstützung verlassen konnten. Schwierig, dass sich der positive Geist des Gesamtverständnisses sich immer noch nicht, wie selbstverständlich, in allen Bezirken und in Teilen der Verwaltung durchgesetzt hat. Von den etwa 1.500 Einzelregelungen des Vertrages steht noch ein gutes Viertel auf „GRAU“. D. h. hier kann noch keine Aussage getroffen werden, ob der Vertrag 1:1 umgesetzt wird. Darunter sind sehr wichtige Punkte, wie die „Zentrale Koordinierungsstelle für Integration“ oder die verschiedensten Vereinbarungen zum Bauen in der Stadt. Hier wird die Ampel ein unverzichtbares Werkzeug sein, um die Umsetzung der Vereinbarung transparent zu prüfen. Der Vergleich der Ampeln aus dem März 2017 mit der Ampel heute (Juli) zeigt, dass nur noch Billwerder weiterhin massiv auf „ROT“ steht.“

Thema: Großunterkünfte, Betreuung

Harald Lübker (HGI): „Ein Jahr nach Abschluss des Bürgervertrages wird klar, wie gut dieser Vertrag den Bürgern, den Flüchtlingen und der Stadt getan hat. Niemand mag sich heute noch vorstellen, es hätte all die geplanten Großunterkünfte in Hamburg gegeben. Immer dort, wo jetzt viele Geflüchtete zusammen untergebracht sind, werden die Hindernisse für eine erfolgreiche Integration sichtbar. Dort gibt es Probleme bei der Beschulung oder bei Kitas – entweder lange Wege oder die geflüchteten Kinder bleiben weitgehend unter sich, so bei den über 2000 Flüchtlingen rund um die Bahrenfelder Trabrennbahn und den bald 2500 Flüchtlingen am Mittleren Landweg – hier liegen die Kitas in den Flüchtlingsunterkünften, und in Billwerder müssen Schüler sogar per Bus auf die umliegenden Schulen verteilt werden. Hier gibt es keine eine 1:1 Betreuung der Flüchtlinge durch ehrenamtliche Flüchtlingshelfer wie z. B. in Harvestehude. Es zeigt sich, dass es ein Fehler war während der Verhandlungen einfach weiter zu bauen. Und auch in Eidelstedt ist die Umsetzung von integrationsfreundlichen Strukturen offensichtlich sehr schwierig. Klar ist: spätestens 2020 erwarte ich unsere Ampeln alle auf „Grün“! Wir bleiben dran.“

Thema: Integration, weitere Forderungen

Jasmin Peter (HGI): „Es ist gut zu sehen, dass sich die Stadt darum bemüht die Bürgerverträge einzuhalten. Wir haben in Klein Borstel schon 2015 nachdrücklich darauf hingewiesen, dass selbst für Kinder aus dem Stadtteil nicht genügend KITA- und Schulplätze zur Verfügung stehen. Die Inbetriebnahme einer Interims-KITA soll nun die Lösung des Problems vor Ort werden. Doch eine gute Durchmischung mit anderen Kindern aus dem Stadtteil wird es so nicht geben können, da dennoch insgesamt zu wenig KITA-Plätze für die geflüchteten Kinder zur Verfügung stehen. Auch die KITAS in den Flüchtlingsquartieren Mittleren Landweg und Albert Einstein Ring zeigen Planungsmängel. Wir betonen immer wieder, dass es nicht nur um die Unterbringung der Flüchtlinge geht, sondern dass jetzt Bedingungen geschaffen werden müssen, unter denen die nachhaltige Integration von Geflüchteten wirklich möglich ist. Genau dies bekräftigen wir mit unserem Masterplan Integration und dem neuen Eppendorfer Konzept. Das Eppendorfer Konzept beweist anschaulich, dass man wichtige Bausteine und Bedingungen einer funktionierenden Integration auch in sehr verdichteten Stadtgebieten schaffen kann. Dies mag zu Beginn mit Mehrkosten verbunden sein, welches sich dann aber für die kommenden Generationen auszahlen wird. Während unsere neuen Nachbarn vor der Herausforderung stehen, sich auf ein Leben in unserem Kulturkreis einzulassen, bleibt es unsere Aufgabe, die besten Voraussetzungen hierfür zu schaffen.“

Thema: Konsens mit der Volksinitiative (HGI)

Ralf Blinkmann (IfI): „Im Dachverband der „Initiativen für erfolgreiche Integration“ (IfI) haben wir bereits im letzten Sommer beschlossen, bis zur vollständigen Umsetzung des Konsenses weiterzuarbeiten. Wir gehen von 2020 aus. Im letzten Jahr haben wir gelernt, dass das ein richtiger Beschluss war. Wir haben den „Orientierungs- und Verteilungsschlüssel“ (OVS) für Hamburg mit der Stadt verhandelt und abgeschlossen und viele Gespräche mit der BASFI zum Integrationskonzept der Stadt für die folgenden Jahre geführt. Dabei stießen wir auf sehr viel Kompetenz in der Verwaltung und auch guten Willen, aber auch auf fehlende Zusammenarbeit untereinander und mangelnde Kommunikation nach außen. Am deutlichsten wird das an der im Konsens vereinbarten „Zentralen Koordinierungsstelle für Integration“. Bisher ist hier keine Umsetzung auf Seiten Politik und Verwaltung zu erkennen. Ein Grund mehr, dass wir aufmerksam bleiben müssen, um die Flüchtlingspolitik endlich weg von den Großunterkünften, hin zu integrationsfreundlichen Formen zu bringen. 2020 ist auch Bürgerschaftswahl: Das wird uns helfen.“

Thema: Zahlen, Vorbereitung auf unterschiedliche Szenarien für die Zukunft

Udo Steinwandel (IfI): „Mein Beruf als Controller besteht darin komplexe Sachverhalte als Entscheidungsgrundlage transparent und übersichtlich darzustellen. Die objektive Aufbereitung der vorhandenen Daten und die Bedarfsplanung in Szenarien durch den Arbeitskreis Zahlen der HGI hat sich als gute gemeinsame Basis herausgestellt, um die unterschiedlichen Positionen der FHH und der HGI zu versachlichen und einen konstruktiven Dialog aufzunehmen. Das entstandene Vertrauen hat dazu geführt, dass Themen, wie beispielsweise der Orientierungs- und Verteilungsschlüssel, inzwischen in gemeinsamen Arbeitsgruppen des ZKF mit der HGI entwickelt werden.“

Nachdem wir 2016 die Zugangsszenarien des ZKF als zu hoch eingeschätzt haben, gibt es mit dem Recht auf Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge und den Zuwächsen bei den Bootsflüchtlingen über Italien wieder Indizien für einen Anstieg der Unterbringungsbedarfe bis 2020. Auf dieses Szenario sollte Hamburg sich vorbereiten, es geht darum nach schrittweiser Auflösung der „Projektorganisation“ ZKF in Form eines ZKI zentralen Koordinierungsstabs Integration nachhaltige Strukturen für Hamburg zu schaffen und unser dynamisches System zur Abdeckung der Unterbringungsbedarfe in den Szenarien „steigend“, „konstant“ und „sinkend“ fortzuführen. Außerdem wäre es jetzt an der Zeit einen Bericht zu erstellen, was wir aus der Krise 2015 /2016 gelernt haben und darauf basierend zu planen wie wir zukünftig besser damit umgehen können.“

Thema: Eppendorfer Konzept, Orientierungs- und Verteilungsschlüssel

Götz von Grone, Monika Allers (IfI): „Gute Rahmenbedingungen und möglichst kleine, dezentral verteilte Unterkünfte sind eine gute Voraussetzung für eine gelingende Integration. Der zwischen HGI und der Stadt vereinbarte „Orientierungs- und Verteilungsschlüssel“ (OVS) zeigt auf, wo und in welcher Anzahl in der Stadt noch Flüchtlinge untergebracht werden sollen. Damit dies gelingen kann, müssen zwei Voraussetzungen gegeben sein: 1. Eine gute, rechtzeitige und umfassende Kommunikation mit den BürgerInnen und 2. Eine vollständige Transparenz im Entscheidungsprozess. Die Erfahrung hat gezeigt: Integration geht nur mit den BürgerInnen. Hamburg hat mit der STADTWERKSTATT und dem Leitfaden „Hamburg gemeinsam gestalten – Bürgerbeteiligung und -information in der Stadtentwicklung“ seit 2013 eine organisatorische und programmatische Grundlage dafür geschaffen. Wir erwarten, dass diese Grundlage für die Suche nach neuen öffentlich rechtlichen Unterkünften genutzt wird. Eine breite demokratische Beteiligung der Bürger unter Einbeziehung der Institutionen der Zivilgesellschaft. Um die Integrationsbedingungen weiter zu verbessern ist anzustreben, dass die örU so schnell wie möglich und ggf. fallbezogen unmittelbar in Sozialwohnungen umgewandelt werden, so dass Familien mit Kindern dort – wo die Integration bereits begonnen hat – auch bleiben können.“

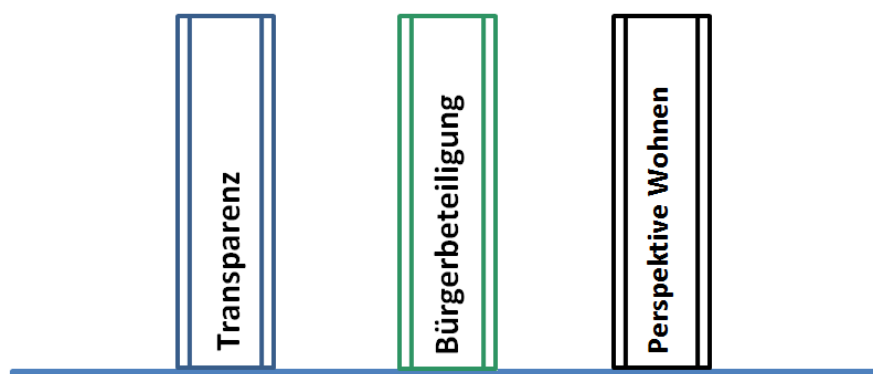


Abbildung: Eppendorfer Konzept der Flüchtlingsunterbringung

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55

klaus.schomacker@t-online.de